

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/122: 16.08.1951 – 13.02.1952

16.08.1951

DDR: Der Ministerrat errichtet am 16. August 1951 das "Amt für Literatur und Verlagswesen".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Verlagswesen" in der SBZ (x009/453,456-457): >>Wie jeder andere Wirtschaftszweig unterliegt auch das Verlagswesen der zentralen Wirtschaftsplanung. ...

Angeleitet und kontrolliert wird das Verlagswesen von der Abteilung "Literatur und Buchwesen" im Ministerium für Kultur, die für die Buchproduktion im allgemeinen und für die "sozialistische Gestaltung" der Verlagsprogramme im besonderen verantwortlich ist. Die graphische Industrie untersteht seit 1958 dagegen der Staatlichen Plankommission; Zensur und Papierzuteilung sind also der Kompetenz nach getrennt.

Die Abteilung "Literatur und Buchwesen" leitet die Verlage an, indem sie ihre allgemeine Planung, ihre Jahresthemen- und "thematischen Perspektivpläne" prüft. ...

Die Begutachtung der Verlagsprogramme zielt u.a. auf deren klare Abgrenzung durch Zuweisung thematischer Zuständigkeiten ab; auch werden "Schwerpunkttitel" festgelegt, deren Produktion unter Hintanstellung aller sonstigen Vorhaben besonders zu fördern ist.

Die Abteilung "Literatur und Buchwesen" prüft jedoch auch einzelne Manuskripte; um das System der Steuerung zu vervollständigen, werden Autorenverpflichtungen im Sinne des Vertragsgesetzes angestrebt. Die schöngeistigen Verlage werden angehalten, die "Bewegung der schreibenden Arbeiter" zu unterstützen. ...

Die Buchproduktion der Verlage in der SBZ wuchs bis 1958 von Jahr zu Jahr an (1951: 2.142, ... 1958: 6.205 Titel) und holte auch in der technischen Qualität auf, befriedigt aber auch heute noch weder die Leserwünsche noch die dirigierenden Stellen von Partei und Staat.

Westliche Literatur in Lizenzausgaben und Übersetzungen wird nur in engen Grenzen zugelassen; Unterhaltungsliteratur jeden Niveaus ohne politischen Einschlag ist daher meist schnell vergriffen.

Titel, die dem sozialistischen Aufbau und der Erfüllung der Wirtschaftspläne dienen, genießen in der Produktion ohne Rücksicht auf Leserwünsche den Vorzug. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Literatur" in der SBZ (x009/263-265): >>Als wichtiges Instrument der Bewußtseinsbildung, der Agitation und Propaganda ist die gesamte Literatur der SBZ den Direktiven, Apparaturen und Mechanismen der Kulturpolitik unterworfen. ...

Zur Lenkung und Kontrolle der Literatur bedient sich die SED mannigfacher Methoden, die Autor, Verlag, Manuskript, Verbreitung und Publikum betreffen.

Die Schriftsteller sind im Deutschen Schriftstellerverband organisiert. Die Mitgliedschaft ist kein Zwang, aber praktisch unumgänglich zur Wahrnehmung der beruflichen Möglichkeiten und sozialen Rechte.

Das Verlagswesen wird politisch, wirtschaftlich und personell von Staat und Partei kontrolliert. Die Abteilung "Literatur und Buchwesen" des Ministeriums für Kultur beaufsichtigt die Verlagsplanungen und erteilt Druckgenehmigungen. ... Alle öffentlichen Bibliotheken sind dem Ministerium für Kultur unterstellt ... In den privaten Leihbüchereien veranstaltet die Deutsche Volkspolizei in unregelmäßigen Abständen Razzien. ...

Schließlich werden die gesamte Literatur und der mit ihr verbundene Apparat von den Parteiorganen kontrolliert, d.h. in diesem Falle von der Kulturkommission beim Politbüro und der Abteilung Kunst, Literatur und Kulturelle Massenarbeit des ZK der SED. ...

Dieses komplizierte und vielschichtige System der Zensur funktioniert so gut, daß nur in Ausnahmefällen bereits publizierte Bücher eingestampft zu werden brauchen.

Die Verwandlung der Literatur in ein Instrument der Staats- und Parteipolitik hat eine wichtige, propagandistisch gern hervorgekehrte Sonnenseite, die großzügige Förderung genehmer Bücher und willfähriger Autoren. ...

Die Literatur der SBZ konnte internationales Ansehen gewinnen, weil sich nach 1945 eine Reihe bedeutender deutscher Schriftsteller - ehemalige Emigranten oder "Innere Emigranten" - in Mitteldeutschland niederließen und mit dem kommunistischen Regime solidarisierten ... Keiner von ihnen hat nach der Niederlassung in der SBZ noch ein Werk geschaffen, das seinen früheren ebenbürtig gewesen wäre.

Einige wie Brecht und Hermelin verstummten ganz, andere wie Becher und Seghers fielen auf das Niveau primitiver Agitationsliteratur, wieder andere wie Zweig und Renn zogen sich auf historische und exotische Themen zurück. ...

In der Stalin-Zeit konnte sich kein Talent entfalten. Die Literatur hatte lediglich SED-Beschlüsse zu illustrieren. ...

Das literarische Leben in der SBZ ist dem politischen Druck gemäß außerordentlich einförmig. Es gibt keine unpolitische Literatur, also auch keine Unterhaltungs-, Abenteuer- und Kriminalromane ohne Tendenz. ...

Zahlreiche Schriftsteller haben sich der Reglementierung durch Republikflucht oder Übersiedlung nach dem Westen entzogen ...<<

01.09.1951

DDR: Westdeutsche und West-Berliner Kraftfahrer müssen ab 1. September 1951 für die Benutzung der Autobahn Helmstedt – Berlin Autobahnbenutzungsgebühren an die DDR-Behörden zahlen.

05.09.1951

DDR: Das SED-Justizministerium untersagt ab 5. September 1951 die Bezeichnung "politische Häftlinge".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die politischen "Häftlinge" in der SBZ (x009/170): >>Die Zahl aller aus politischen Gründen inhaftiert gewordenen und noch inhaftierten Bewohner der SBZ ist nicht bekannt.

Neben den in die Konzentrationslager verschleppten und zum großen Teil verstorbenen Menschen werden als politische Häftlinge diejenigen bezeichnet, die ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen durch ein sowjetisches Militärtribunal oder ein Gericht der SBZ wegen Boykotttätze, Friedensgefährdung oder eines anderen Staatsverbrechens verurteilt worden sind. Auch die in den Kriegsverbrecherprozessen verurteilten Angeklagten fallen in diese Kategorie.

Die größten Strafanstalten, in denen sich in der SBZ politische Häftlinge befinden, sind die in Bautzen, Berlin-Rummelsburg, Brandenburg, Bützow-Dreibergen, Cottbus, Halle, Luckau, Magdeburg, Sudenburg, Hoheneck bei Stollberg, Torgau, Untermaßfeld, Waldheim und Zwickau.

Obwohl bis zum Sommer 1955 allein in den Strafanstalten über 20.000 politische Häftlinge

im Widerspruch zu den Grundrechtsgarantien der Verfassung eingesperrt waren und schwere und schwerste Zuchthausstrafen verbüßen sollten, gab es nach offizieller Version keine politischen Häftlinge in der SBZ.

"Heute wird niemand seiner Gesinnung wegen inhaftiert. Wer unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung angreift, wer den Aufbau unserer Friedenswirtschaft stört, begeht eine strafbare Handlung und wird seiner verbrecherischen Taten wegen bestraft. Die Strafgefangenen dieser Art sind deshalb auch keine politischen Gefangenen, sondern kriminelle Verbrecher. Die Bezeichnung dieser Strafgefangenen als politische Häftlinge wird daher hiermit untersagt" (... Justizministerium der SBZ vom 5.9.1951).

Die Zahl der politischen Häftlinge verringerte sich infolge von einigen seit 1954 durchgeführten Entlassungs- und Begnadigungsaktionen. ...<<

08.09.1951

USA: Die Alliierten schließen am 8. September 1951 in San Francisco einen Friedensvertrag mit Japan.

09.09.1951

BRD: Walter Közle (VdH-Referent für Landsberg, Wittlich und Werl) berichtet über das 1. deutsche Heimkehrertreffen am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus: >>... Schafft endlich und zwar ehrlich Europa! forderte der 1. Vorsitzende des VdH in seiner programmatischen Rede während des Festaktes des 1. deutschen Heimkehrertreffens am 9. September 1951 im Bonner Bundeshaus.

Er gab damit dem Gefühl all derer Ausdruck, die das harte Los der Kriegsgefangenschaft am eigenen Leib verspürt haben. ...

Es wird niemand geben, der tatsächlich begangene Verbrechen decken oder beschönigen will. Es wird auch niemand geben, der etwas dagegen einzuwenden hat, daß tatsächlich begangene Verbrechen bestraft werden. Kein rechtlich denkender Mensch hat aber andererseits ein Verständnis dafür, daß man nach der Kapitulation wahllos Schuldige und wirklich Unschuldige in den Schmelztiegel eines kollektiven Verbrechertums stieß.

Ebensowenig wird er ein Verständnis dafür aufbringen, daß man nur auf deutscher Seite "Kriegsverbrecher" entdeckte, daß man in den Verfahren gegen deutsche Männer und Frauen Rechtsnormen, die in der modernen Rechtswelt bisher unwidersprochen, international anerkannt und in fast allen Strafgesetzbüchern und zahlreichen Strafverfassungen fest verankert sind, und die man auch in die Charta der Menschenrechte aufnahm, beiseite schob, unbeachtet ließ oder sie außerordentlich umstritten, ja willkürlich auslegte.

... Hätten die heute inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" tatsächlich Verbrechen begangen, wären sie nicht mehr am Leben, sondern längst exekutiert. Sollten sie sich aber vielleicht in Einzelfällen begangener Vergehen schuldig gemacht haben, dann stehen ihre Strafen in keinem Verhältnis zu diesen (so liegt z.B. das Strafmaß der zur Zeit in Werl inhaftierten angeblichen "Kriegsverbrecher" nur zu einem schwachen Drittel unter 15 Jahren Gefängnis!): Wie soll ein ehemaliger deutscher Major, der Ortskommandant war und nur deswegen zu 8 Jahren verurteilt wurde, weil in dem Bezirk seiner Kommandantur – also nicht an dem Ort selbst - ein kriegsgefangener englischer Major von deutschen Soldaten geohrfeigt worden sein soll, ein Schuldbewußtsein aufbringen?

Bedeutende Persönlichkeiten gerade in den Gewahrsamsländern haben sich in sehr kritischer, ja eindeutiger Weise über die gefällten Urteile ausgesprochen und sich für eine gerechte Lösung des Kriegsverbrecherproblems eingesetzt. Selbst im Laufe einer Debatte im Rechtsausschuß der Generalversammlung der UNO wurde besonders beachtet, "daß Deutsche auf der Grundlage von Prinzipien verurteilt und hingerichtet worden seien, deren Rechtsgültigkeit jetzt bestritten werden" (New York Times).

Warum sprach man z.B. einen Col. Stevens von der Anklage brutalster Gefangenenmißhand-

lung in Bad Nenndorf frei mit der Begründung, daß er von diesen Mißhandlungen nichts gewußt habe (während er erwiesenermaßen selbst aktiv daran teilnahm), und verurteilte dagegen einen deutschen Professor, der weder Gefangene getötet oder mißhandelt hat noch töten oder mißhandeln ließ, ursprünglich zum Tode?

Warum sprach man die Untergebenen des vorgenannten Col. Stevens, die an gefangenen Deutschen sadistische Grausamkeiten verübten, frei mit der Begründung, daß sie nur auf Befehl gehandelt hätten, und verurteilten dagegen deutsche Soldaten – ganz gleich, ob sie der Wehrmacht oder der SS angehörten – trotz desselben Einwandes zu langjährigen Freiheitsstrafen, ja zum Tode? ...

Gleiches Recht für alle? Geeintes Europa?

Mir scheint, wir sind noch meilenweit von diesem ersehnten Ziel entfernt, solange man noch immer mit zweierlei Maß mißt, sofern es sich um Deutsche handelt, und solange Deutsche in den Gefängnissen der westlichen Gewahrsamsmächte vergebens auf Recht, Gerechtigkeit und vor allem auf ihre Freiheit warten! ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 24.12.2005) über Folter und Mißhandlungen von deutschen Kriegsgefangenen (x887/...): >>**In den Händen britischer Folterer**

England hat Akten aus dem Zweiten Weltkrieg freigegeben, die die Behandlung deutscher Soldaten dokumentieren

Mit allen Anzeichen der Verblüffung veröffentlichten die bundesdeutschen Medien am letzten Wochenende vor Weihnachten eine von der britischen Zeitung "Guardian" übernommene Meldung, der zufolge in den Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges die britischen Besatzungstruppen in Bad Nenndorf (bei Hannover) ein Lager unterhalten haben, in denen Deutsche gefoltert wurden, um sie zu erwünschten Aussagen zu zwingen. Angeblich seien erst jetzt in England entsprechende Akten und Dokumente freigegeben worden, aus denen die britische Folterpraxis hervorgehe.

Wer es in Deutschland wissen wollte, der hätte es längst erfahren können: Nach Kriegsende betrieb der militärische britische Geheimdienst ein Verhörzentrum in Bad Nenndorf, für das die "Controll Commission for Germany/British Element" zuständig war. Dort faßte man Deutsche zusammen, die für den britischen Nachrichtendienst von Interesse sein konnten.

Und sagten sie nicht wunschgemäß aus, wurden sie allen Arten der Folter ausgesetzt. Man entzog ihnen das Essen, ließ sie im Winter nackt in unbeheizten Räumen stehen, bis sie zusammenbrachen und sich die Zehen erfroren hatten, schlug sie unter Zuhilfenahme aller möglichen Prügelinstrumente zusammen, stellte ihnen nur mangelhafte Gefangenenkleidung zur Verfügung, schikanierte sie in jeder möglichen Weise.

Aus Angst, totgeschlagen zu werden, wagte es damals niemand, sich bei höheren Stellen zu beschweren. Es sollen Verhöre und Folter bis zum Tode des Delinquenten durchgeführt worden sein, doch gibt es darüber bisher in der Öffentlichkeit keine Unterlagen.

Schon 1948 erschienen in der Zeitschrift "Quick" erste Berichte über diese Vorgänge. Auch "Die Zeit", damals noch von ganz anderem Zuschnitt als heute, nahm sich des Themas an und prangerte diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit an.

Offiziell waren in diesem Geheimgefängnis der Briten sogenannte "war criminals" inhaftiert. Welcher Art diese "Verbrecher" waren, geht etwa hervor aus einem an die Öffentlichkeit gelangten britischen Bericht über den Häftling Karl Dankwort, der während des Krieges als Erster Sekretär an der deutschen Gesandtschaft in Stockholm tätig gewesen war.

Er soll "als Diplomat alter Schule" in der Stockholmer Gesellschaft und im internationalen diplomatischen Korps hohes Ansehen genossen haben. Nachdem er im Oktober 1945 von den Schweden in die britische Besatzungszone Deutschlands abgeschoben worden war, steckten ihn die Briten sofort in eines ihrer Internierungslager und von dort dann in das Folterlager Bad

Nenndorf.

Was man aus Dankwort herauspressen wollte, ist bis heute nicht bekannt. Er wurde von den Briten mißhandelt, bis man ihn schließlich am 7. Oktober 1946 entlassen wollte. Das geschah aber nicht. Da er zuviel über die Vernehmungsmethoden wußte, saß er am 20. November 1946, der Tag, an dem offenbar der Bericht verfaßt worden war, immer noch im Lager. Wann er endlich die Freiheit bekam, geht aus dem Dokument nicht hervor.

Im Jahr 1990 wurde an der Philosophischen Fakultät der Universität Münster eine Doktorarbeit zum Thema "Umerziehung im Lager - Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands" eingereicht, in der Heiner Wember, heute Mitarbeiter vom ZDF und WDR, auch Einzelheiten über das Verhörzentrum in Bad Nenndorf mitteilte.

Es handelt sich keineswegs um eine revisionistische oder gar rechtsradikale Schrift; Wember war sehr einverstanden mit den Strafmaßnahmen der Sieger den Deutschen gegenüber, ja, er vertrat sogar die Meinung, daß viele zu gering bestraft worden seien.

Trotzdem konnte er an den Tatsachen in Bad Nenndorf nicht vorbeigehen. Schon vor 14 Jahren war diese Doktorarbeit als Buch erschienen, so daß jeder, der sich informieren wollte, dies auch konnte.

Kommandant des Bad Nenndorfer Lagers war Oberst Stevens, der sich an den Mißhandlungen beteiligte - was den Doktoranden Heiner Wember nicht daran hinderte, zu behaupten, die Quälereien seien "ohne Wissen vorgesetzter Stellen" geschehen. Es ist bezeugt, daß Oberst Stevens Gefangene schlug und ihnen im Winter befahl, die Kleidung abzulegen, die er dann mit Dreckwasser übergießen ließ.

Obwohl die Existenz des Lagers geheim war, drangen Informationen an die Öffentlichkeit. Die einzigen, die Zugang hatten, waren Geistliche. Wie auch in anderen Fällen, waren es auch hier katholische Seelsorger, die Informationen über Folter und Mißhandlungen an übergeordnete Stellen, in diesem Falle an den Bischof von Hildesheim, weiterleiteten, der sich an den englischen Kardinal Griffy wandte.

Der schaltete den Labour-Unterhausabgeordneten Stokes ein, der daraufhin am ersten Pfingsttag 1947 unangemeldet in dem Nenndorfer Lager erschien und sich selbst ein Bild von den Zuständen machte. Kurze Zeit später erschienen im Lager Kriminalbeamte von Scotland Yard. Das Lager wurde von Deutschland-Minister Lord Pakenham aufgelöst.

Im Frühjahr 1948 wurden in London der Kommandant Colonel Stevens, einige seiner Vernehmungsoffiziere und Wachen sowie der Lagerarzt angeklagt. Verurteilt wurde nur der Lagerarzt. Seine Strafe: Entlassung aus den Diensten der britischen Armee. Alle anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Bad Nenndorf war keineswegs das einzige von westalliierten Siegern unterhaltene Lager, in dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden. Erinnert sei an die systematischen Folterungen von 72 Soldaten der Waffen-SS durch US-amerikanische Offiziere. Von ihnen sollte die Aussage erpreßt werden, sie hätten auf Befehl ihrer Kommandeure alliierte Kriegsgefangene in Malmedy ermordet.

Obwohl alle Angeklagten vor Gericht ihre Aussagen widerriefen mit Hinweis darauf, daß sie durch Folter erpreßt worden seien, wurden sie verurteilt, allein 43 von ihnen zum Tod durch den Strang.

Die energischen Bemühungen ihres US-amerikanischen Hauptanwalts, Colonel Everett und seiner deutschen Anwaltskollegen, Appelle der katholischen und evangelischen Kirche, der Einsatz des amerikanischen Senators Joseph R. McCarthy sowie - nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland - der ersten Bundesregierung erwirkten schließlich, daß alle Urteile ausgesetzt wurden.

Allerdings wurde verboten, die Schuldfrage zu stellen.

Eine unabhängige Untersuchung des Malmedy-Prozesses, der ganz offenkundig ausschließlich mit der Absicht geführt worden war, belastendes Material über die Waffen-SS zu beschaffen, damit sie im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß als "verbrecherische Organisation" verurteilt werden konnte, gibt es bis heute nicht.<<

18.09.1951

BRD: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisiert am 18. September 1951 in einer Rundfunkansprache die Politik des deutschen Bundeskanzlers und der Westalliierten (x156/108-110): >>Das Washingtoner Abkommen der 3 westlichen Außenminister bedeutet eine Einigung der 3 Westmächte unter sich in ihrer Deutschland-Politik auf der französischen Linie.

Es ist keine Einigung zwischen den westlichen Außenministern und dem deutschen Volk. Diese Ergebnis von Washington war nur auf der Grundlage möglich, daß der Bundeskanzler den Inhalt des Abkommens vorher zwar nicht mit deutschen Stellen oder Personen, wohl aber mit den 3 Hohen Kommissaren vereinbart hatte. ...

Ein starkes Europa ist nicht möglich durch deutsche Selbstverleugnung, die nur die Selbstüberhebung anderer hervorruft. Schuman-Plan und Pleven-Plan haben beide zum Ziele, Wirtschaftskraft und militärisches Menschenpotential der Deutschen unter alliierte, das heißt konkret französische Verfügungsgewalt zu stellen und Europäer zweiter Klasse aus uns zu machen.

Es geht hier nicht um die Frage eines taktischen Schritt für Schritt, durch kleine Erfolge vorwärtszukommen. Es geht um große Probleme, die für lange Zeit durch einmalige Handlungen geregelt werden. Der Zug der deutschen Politik wird jetzt auf ein Geleise gesetzt. Fährt er erst einmal, sind die Weichen gestellt und hat man sich nicht genügend Mühe um den Unterbau gegeben, dann sind einmal begangene Fehler nicht mehr zu korrigieren. Viel besser hat das Goethe gesagt:

"Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit dem zuknöpfen nicht mehr zurecht."

Sowjetrußland hat ganz kühl auf den Zeitpunkt gewartet, zu dem falsch zugeknöpft wird. Seit Beginn dieses Jahres ist eine Umgruppierung der ganzen kommunistischen Strategie und Taktik sichtbar.

Die neueste und radikalste Variante in dieser Taktik ist der sogenannte Volkskammerappell oder Grotewohl-Brief vom 15. September 1951. In diesem Brief wird alles angeboten, was vorher verbrannt, verhöhnt und verflucht wurde. Keine Rede ist mehr von dem sofortigen Abzug der Besatzungsmächte. ...

Das Kernstück ist jetzt der Vorschlag freier Wahlen zu einer Nationalversammlung unter gleichen Bedingungen für alle demokratischen Parteien und Organisationen. Die Aufgaben dieser Nationalversammlung sollen sein die Schaffung einer Verfassung und der Abschluß eines Friedensvertrages. Das Ziel eines solchen Friedensvertrages ist die Schaffung Sowjetdeutschlands, die dominierende Rolle der Sowjets bei der internationalen Kontrolle der Ruhr und die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sogenannte Friedensgrenze.

Mit diesen Angeboten schafft die sowjetische Taktik eine neue Situation, die neue Antworten verlangt. Immer lauter dringt der Ruf der gequälten und geknechteten Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone zu uns: was tut ihr für die deutsche Einheit und damit für uns? ...

Eine Nationalversammlung, deren einzige Aufgabe neben dem Friedensvertrag nur die Schaffung einer Verfassung ist, bedeutet Verewigung aller Gefahrenmomente, für die einzelnen Menschen, für die politischen Parteien und für das Schicksal der deutschen Einheit.

Eine Nationalversammlung dieser Art löst kein Problem. Das Parlament darf nicht nur die Verfassung schaffen. Es muß gesetzgebend sein und in alle Bereiche der Gesetzgebung gestaltend eingreifen können. Vor allem aber muß es eine starke Regierung mit machtvoller Exekutive schaffen. Es muß aber auch regierungsbildend, die Politik der Regierung bestimmend und

die Regierung kontrollierend sein.

Die Fülle der Voraussetzungen ist groß. Man denke an die politischen Gefangenen, an die Insassen der Konzentrationslager und der Strafanstalten, an die Opfer der Terrorjustiz und der Terrorpolizei. Ohne ihre Freiheit wird es nie eine Freiheit in Deutschland geben. Man schleiche sich drüben auch nicht vorbei an den Ergebnissen der von der sowjetischen Militäradministration erzwungenen sogenannten Vereinigung von KPD und SPD in der sogenannten SED.

...

Das sagen wir deutschen Sozialdemokraten, die stärksten Gegner des kommunistischen Systems und die leidenschaftlichsten Freunde der deutschen Einheit.<<

06.10.1951

Berlin: Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967) erklärt am 6. Oktober 1951 während einer Kundgebung am Berliner Funkturm (x020/87): >>... Lassen Sie mich mit letzter Klarheit sagen: das Land jenseits der Oder-Neiße gehört für uns zu Deutschland. ...<<

19.10.1951

USA: Die nordamerikanische Regierung beendet am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.

24.10.1951

USA: US-Präsident Truman erläutert am 24. Oktober 1951 die damalige Deutschlandpolitik (x028/164): >>Es war und ist noch immer Politik der Vereinigten Staaten, den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Regierung eines vereinten und freien Deutschlands zu erreichen, doch die Bemühungen sind bisher vereitelt und im Augenblick unmöglich gemacht worden durch die Politik der sowjetischen Regierung ...

Es ist trotzdem für wünschenswert gehalten worden, den bestehenden Zustand des Krieges mit Deutschland zu beenden und Deutschland aus seinem gegenwärtigen Feind-Status zu befreien, womit gewisse Beeinträchtigungen für deutsche Staatsangehörige aus dem Wege geräumt werden.<<

09.11.1951

BRD: Ein ehemaliger deutscher Häftling schreibt nach seiner Rückkehr am 9. November 1951 einen Brief an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Wenn man fern der Heimat zu leben gezwungen ist, kann sich die Sehnsucht nach ihr zu Höhen steigern, welche eben nur der in ihrer ganzen Schwere nachempfinden kann, der ein gleiches Schicksal schon durchlitten hat.

Die Zerrissenheit Deutschlands, das Leid der vielen Millionen, die Sorge um seine Zukunft, das alles bedrückte uns. Die Ungewißheit des eigenen Schicksals, die Sorge um unsere Lieben daheim rissen uns beständig an den Nerven.

In diesen Stunden tiefer Depression wurde uns die Gewißheit zum Halt, in der Welt Freunde zu besitzen, die unserer nicht nur nicht vergaßen, sondern sich zu uns bekannten. Ich durfte erleben, daß sich in Deutschland und im Ausland deutsche Menschen zusammenfanden, um nicht nur uns das Los zu erleichtern, sondern auch unseren Familien zu helfen.

Sie haben uns mit den regelmäßigen Paketen mehr gegeben, als sich jemals mit Worten ausdrücken ließe. Für uns, die wir in der bedrückenden Enge des Zuchthauses lebten, ging doch eine Sonne auf, wenn wir an den Ausgabebüchsen gerufen wurden. Nicht nur die Herrlichkeiten des Paketinhalts erschütterten uns, es war die Heimat, welche doch zu uns gefunden hatte.

...<<

10.11.1951

Ostdeutschland: Eine deutsche Internierte schreibt am 10. November 1951 aus Grudziadz (Graudenz) an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Als ich ihr Päckchen erhielt, weinte ich. Aber es waren Tränen der Freude.

Meine Dankbarkeit, daß sich doch noch ein guter Engel gefunden hat, der mich Waise, die auf

der ganzen Welt niemanden mehr besitzt, getröstet hat, ist grenzenlos.

Ich schreibe diesen Brief und kann die Tränen nicht halten. Sie rinnen an meinen eingefallenen Wangen herab. Es ist mir, als ob ich an meine Lieben schreiben würde und nicht an Fremde, und mein Herz wird leichter.

Vielleicht habe ich aber doch noch das Glück, irgendeinen Angehörigen zu finden. Denn wenn man überhaupt niemanden mehr hat, ist es sehr schwer, zu leben. Doch ich bin jetzt nicht mehr verlassen. Sie denken an mich und ich werde geduldig warten, bis sie wieder schreiben.

Und Gott der Allmächtige, Sohn und Vater, ist mit mir und wird es nicht zulassen, daß ich hier zuschanden gehe. Mein Glaube ist in mir, und er wird mich halten in den Stunden der Verzweiflung. ...<<

13.11.1951

Niederlande: Ein deutscher Gefangener schreibt am 13. November 1951 aus Den Haag an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Als einer der letzten 6 zum Tode verurteilten Gefangenen im niederländischen Gewahrsam ist mein Schicksal auch heute noch ungewiß. Die Entscheidung über die Vollstreckung oder Umwandlung der Strafe ist noch nicht getroffen. ...

Im siebenten Jahre Zuchthauszelle und Einzelhaft in der Ungewißheit letzten Geschickes ist die Sehnsucht groß nach Heimat und Familie und größer noch nach menschlichem Recht, das wandelbar wie das Glück geworden ist. ... So bleibt als Schwerstes die Sorge um die Angehörigen, deren Not man nicht zu lindern vermag.<<

14.11.1951

USA: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (46/1951) berichtet am 14. November 1951 über die Nordatlantikpakt-Organisation: >>**Ende des Wunschtraums**

Kaum hatte Ike Eisenhower die Tür seiner viermotorigen Constellation-Maschine geöffnet, als ein Vertreter der "Chicago Tribune", des Hausblattes der amerikanischen Isolationisten, wissen wollte, ob die Nordatlantikpakt-Organisation "kurz vor ihrem Zusammenbruch" stehe. Erbost fuhr Eisenhower herum und keuchte: "Was für eine dumme Frage. Ich habe nie etwas Unsinnigeres gehört."

Von einem totalen Zusammenbruch der NATO ist keine Rede. Aber die Organisation steckt in schweren Nöten. Um sich über sie zu unterrichten, hatte Präsident Truman den General nach Washington kommen lassen. Nach der Konferenz mit dem General erklärte Truman: "Ich glaube nicht, daß sich viele Leute bewußt sind, daß wir mitten in der größten Krise stehen, die uns je widerfahren ist. Wir müssen ihr ins Auge sehen ..."

Den Grund für diese Bemerkung Trumans zeigt Roscoe Drummond, der Washingtoner Korrespondent der nüchternen, hochangesehenen Zeitung "Christian Science Monitor": "Alle Empfehlungen General Eisenhowers an Washington kreisen um seine Überzeugung, daß der Kreml den totalen Krieg im Jahre 1952 starten könnte ..."

Eisenhower erklärt nicht, daß der Krieg unvermeidlich sei. Aber er besteht darauf, daß die sicherste und notwendigste militärische Entscheidung der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten so ausfallen müsse, als ob der Krieg im nächsten Jahr unvermeidlich sei. Eisenhowers Schätzungen der sowjetischen Gefahr entspringen nicht einer hoffnungslosen Überzeugung vom jetzigen westlichen Rüstungsstand, sondern der Gewißheit, daß die wachsende Stärke der Atlantik-Allianz das Aktionsgebiet des Kreml gegen die freie Welt immer mehr einengt."

Seit der NATO-Konferenz in Ottawa sitzen in Paris die "drei Weisen" (die Vertreter der USA, Frankreichs und Großbritanniens) und die "zwölf Apostel" (die Vertreter der zwölf NATO-Staaten) unter dem Vorsitz von Trumans "Problemknacker" W. Averell Harriman zusammen, um zu untersuchen, weshalb es mit dem großen atlantischen Verteidigungs-Programm nicht vorangeht.

Das Programm wurde 1949 von den NATO-Mitgliedsstaaten auf einer Konferenz in Brüssel aufgestellt. Damals wurde entschieden, daß man zunächst ein zeitliches Planziel für die Aufrüstung haben müsse. Es wurde geschätzt, wann die Sowjets genug Atombomben besitzen würden, um einen großen Krieg starten zu können. Dann wurde einkalkuliert, wann den Deutschen erlaubt werden sollte, der NATO-Armee beizutreten (ohne sich zu vergewissern, wie die Deutschen dazu stehen). Schließlich einigte man sich auf einen Termin: Juli 1954. Zu diesem Zeitpunkt müsse die NATO über 60 kampfbereite Divisionen verfügen, um die östlichen Invasoren zurückzuschlagen.

Der Ausbruch des Korea-Krieges verlieh dem Programm einige Dringlichkeit. Aber da stiegen auch die Rohstoffpreise, die Marshall-Hilfe versiegte. Die eben einigermaßen gesund gewordene Wirtschaft Europas erlebte einen schlimmen Rückfall.

Als Ike Eisenhower im Januar 1951 in Paris eintraf, um das Kommando über das europäische NATO-Hauptquartier (SHAPE) zu übernehmen, war auf dem Festland noch nichts geleistet worden.

Auf Eisenhowers Drängen stationierten die USA insgesamt fünf Divisionen als anspornendes Beispiel in Europa, aber die Franzosen kamen lediglich mit ihrem Europa-Armee-Plan, um den amerikanischen Wunsch nach dem deutschen Wehrbeitrag zu neutralisieren.

Halb aus Verzweiflung über Frankreichs passive Résistance, halb aus idealistischer Begeisterung an den europäischen Einheitsplänen ("Auf die Dauer sind Europas Probleme nur durch völlige Integrierung zu lösen") akzeptierte Eisenhower schließlich den Pleven-Plan. Europa-Armee-Experten aus den sechs Schuman-Plan-Nationen trafen sich in Paris, um über die Stärke der nationalen Kontingente Haare zu spalten und verwirrend komplizierte Organisationspläne aufzustellen. Nur die Nichtexistenz einer wirksamen Verteidigungsstreitmacht blieb bestehen.

Den entmutigenden Beweis dafür erbrachten die Herbstmanöver der NATO-Streitkräfte in Westdeutschland. Sie zeigten, daß in Westeuropa insgesamt zehn Divisionen (Zwischenziel 1951 im 1954er Plan: 20 Divisionen) stehen, die laut Urteil des US-Kommandos in Europa "den Vormarsch des Feindes möglicherweise bremsen können." Die beiden französischen Divisionen in Deutschland haben Munition für drei Tage.

Ergebnisse der zum Teil mit amerikanischen Rüstungshilfe-Geldern in Gang gesetzten eigenen französischen Rüstungsproduktion:

Artillerie: 120 Steilfeuergeschütze, Kaliber 10,5 cm, im Bau. 100 15,5-cm- und 100 12-cm-Geschütze, in Auftrag gegeben.

Panzer: Eine Entscheidung, ob der neue 50-Tonnen-Panzer der Franzosen serienmäßig hergestellt werden soll, ist noch nicht gefallen. Bei der Parade am Bastillen-Feiertag (14. Juli) wurde ein moderner Panzer vorgeführt. Er ist 13 Tonnen schwer, hat eine Stundengeschwindigkeit von 70 Kilometern und trägt eine durchschlagskräftige acht Meter lange 7,5-cm-Kanone zur Panzerjagd. Für die französische Armee waren nur Versuchsmodelle gebaut worden, als die Schweizer Regierung sich entschloß, gute geländegängige Panzerabwehrwaffen für die Verteidigung der Eidgenossenschaft einzukaufen. Kaufverhandlungen der Schweizer mit USA, Schweden und Großbritannien hatten sich wegen zu langer Lieferfristen zerschlagen (nach Beendigung des laufenden Brüsseler NATO-Programms 1954-55).

Aber die NATO-Macht Frankreich sagte den nicht im Atlantikpakt organisierten Schweizern sofortige Lieferung zu, und zwar für 200 Panzerjäger für 120 Millionen harte Schweizerfranken.

Entrüstung im SHAPE. Oberst Fawler vom US-Waffenlieferungsbüro überbrachte französischen Stellen mündlich Bescheid, daß die US-Waffenlieferungen an Frankreich bei Ausführung des Auftrags gekürzt würden. Großbritanniens Vertreter, Generalmajor McNabb, schloß sich dem US-Protest an. SHAPE erklärte, daß Frankreich ohne SHAPE-Genehmigung nicht

liefern dürfe. Paris protestierte durch General Goué vom Armee-Sekretariat, das sei eine "unstatthafte Einmischung in die französischen Hoheitsrechte".

An Pleiten dieser Art ist nicht nur mangelnder französischer Wehrwille schuld. Dazu kommt die Desorganisation der zum großen Teil altmodischen Wirtschaft Frankreichs, die mangelnde Steuer- und Arbeitsmoral der Franzosen. Das Kernproblem der europäischen NATO-Partner ist wirtschaftlicher Natur.

Im laufenden Finanzjahr (1. Juli 1951 bis 30. Juni 1952) beträgt das Dollar-Defizit Frankreichs 750 Millionen. Den projektierten Ausgaben in Höhe von 1,025 Milliarden Dollars stehen Dollar-Einkünfte in Höhe von 275 Millionen gegenüber. Das Defizit wird nicht einmal zu einem Drittel durch einen Betrag der US-Wirtschaftshilfe (im günstigsten Falle 200 Millionen Dollar) und amerikanische Industrieanleihen gedeckt.

Das Budget-Problem zeichnet sich in den Zahlen ab, die Frankreich im laufenden Finanzjahr für militärische Zwecke vorgesehen hat, nämlich rund 800 Milliarden Francs, ein Viertel des Gesamtetats.

Von diesen 800 Milliarden wird der Krieg in Indochina rund 350 Milliarden verschlucken. Der Rest in Höhe von 450 Milliarden reicht eben hin, den jetzigen kümmerlichen Rüstungsstand aufrechtzuerhalten.

Für Großbritannien, das im Finanzjahr 1950/51 für militärische Zwecke 777 Millionen Pfund Sterling ausgegeben hatte, ist das finanztechnische Rüstungsproblem der Dollar. Die gegenwärtigen Dollar-Reserven Großbritanniens belaufen sich auf rund 3 Milliarden. Wenn aber der gegenwärtige Dollar-Rückfluß aus England anhält, werden sie innerhalb von 10 Monaten aufgebraucht und das Land völlig bankrott sein.

Das waren die Resultate der Untersuchungen des "Rates der Weisen" in Paris. Ihre Schlußfolgerung: das Brüsseler Aufrüstungsprogramm ist dabei, die prekären Volkswirtschaften Westeuropas zu ruinieren.

Inzwischen mehrten sich die beunruhigenden Meldungen über die Fortschritte in der Aufrüstung in den Ostblockstaaten (SPIEGEL Nr. 45/51). Eisenhowers Geduld war zu Ende. Man müsse das 1954er Programm, argumentierte er, aufgeben, weil voraussichtlich auch bis 1954 nur eine Vergrößerung des gegenwärtigen Konglomerats halbausgerüsteter, halbausgebildeter Rekruten zustande käme.

Dagegen müsse sofort (Termin: Sommer 1952) eine gutausgerüstete, kampfbereite Kernstreitmacht von 20 Divisionen aufgestellt werden, die zwar bei weitem nicht ausreiche, aber "elektrisierend" auf die ferneren Rüstungsanstrengungen wirken müsse.

Eisenhowers Durchbruch zu dieser rein realistischen Konzeption ließ den Europa-Plan Plevens in Fetzen zurück. Aus dem letzten vertraulichen Memorandum des SHAPE (von Eisenhowers Informationschef Oberst L. Cross redigiert) an die einzelnen Gebietskommandos geht hervor, daß die Verwirklichung der an sich guten Idee einer Einheitsarmee angesichts der gegenwärtigen Situation zu zeitraubend sei. Die Idee einer Flagge, einer Uniform und eines Verteidigungsministeriums, heißt es wörtlich, "is dream stuff" ("ist ein Wunschtraum").

Die bis 1952 aufzustellenden Einheiten sollen wie die UN-Truppen in Korea organisiert werden, also nationale Elemente mit eigenem Kommando, jedes für sich dem vereinigten Oberkommando, also dem SHAPE-Stab Eisenhowers, unterstellt.

Nach amerikanischer Auffassung soll der Europa-Plan auf der beschleunigt einberufenen NATO-Konferenz in Rom am 24. November aufgehoben und dafür die 20-Kampfdivisionen-Vorschläge der US-Stabschefs und Eisenhowers in Kraft gesetzt werden. Berichtet die "New York Times" aus dem SHAPE: "... Die Politik der Vereinigten Staaten wird sich wieder auf sofortige Aktionen richten, die Westdeutschland erlauben wiederaufzurüsten, obwohl ein solcher Schritt beunruhigende Wirkung unter den NATO-Mitgliedern haben würde."

Für das neue 20-Divisionen-Programm müssen die USA die Waffen - und zwar moderne -

liefern. Dadurch wird die Aufstellung amerikanischer Truppen im US-Heimatland verzögert, aber um der NATO willen scheint die US-Regierung dazu bereit zu sein, obwohl auch die massive US-Wirtschaft von einer stetig wachsenden und anscheinend unkontrollierbaren Inflation bedroht wird. Erklärte Eisenhower in Washington: "Ich bin an einer Aufgabe tätig, in die die USA eine ganze Welt von Materie, Zeit und Ideen investiert hat." NATO sei die wichtigste und entscheidende Sache der Welt, an der das "Schicksal Amerikas hängt".

Damit gab Eisenhower auch eine Antwort auf die wirren Gerüchte, die letzte Woche durch Washington schwirrten: daß Truman Eisenhower nur deshalb nach Hause geholt habe, um ihn zu fragen, ob er für die 1952er US-Präsidentschaft kandidieren wolle. Öffentlich sagte Eisenhower weder ja noch nein. Die "Ike-for-President"-Kampagne kommt in vollen Schwung. Amerika will ihn als Präsidenten. Aber die NATO, heißt es in Washington, käme ohne ihn nicht über ihre Krise, denn, meint die "New York Times", der Name Eisenhowers "wirkt magisch auf die Völker Europas".<<

18.11.1951

BRD: In Hannover gründen 4 Landsmannschaften und der "Zentralverband der vertriebenen Deutschen" am 18. November 1951 den "Bund vertriebener Deutscher".

27.11.1951

DDR: Das Politbüro der SED ruft am 27. November 1951 alle Parteimitglieder auf, die Arbeitsproduktivität zu steigern.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Arbeitsproduktivität" in der SBZ (x009/33): >>Die Arbeitsproduktivität (Marx verwandte den Ausdruck "Produktivität der Arbeit") ist "der Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit im gegebenen Zeitraum" ...

Da nach marxistischer Vorstellung nur die Arbeit Werte schaffen kann, gilt die Arbeitsproduktivität als einzig möglicher Produktionsfaktor. Deshalb ist das wichtigste Ziel der Arbeitspolitik, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, da nur so die Werte geschaffen werden können, die für eine Erweiterung der Wirtschaftskapazität notwendig seien.

Die Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität sind vor allem die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, die ständige Erhöhung der Arbeitsnormen, die Differenzierung der Löhne und die Qualifizierung der Arbeitskräfte.

Praktisch führt das ständige Streben nach Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu einer dauernden Ausbeutung der Arbeiterschaft.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Ausbeutung" in der SBZ (x009/44): >>Als "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" gilt in der marxistischen Theorie das Mißverhältnis von Arbeitslohn und Arbeitsleistung, die zu geringe Entlohnung des Proletariats durch den Kapitalisten, der sich den "Mehrwert" ausbeuterisch aneignet; Ausbeutung wird von Marx allein auf das "Privateigentum an den Produktionsmitteln" zurückgeführt.

Die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die das Proletariat automatisch von der Ausbeutung befreien und eine gerechte Entlohnung ermöglichen soll, ist eine der Kernforderungen des Marxismus und in der Sowjetunion seit 1917 theoretisch verwirklicht.

Dabei hat sich ergeben, daß der Staat als einziger Kapitalist oder Unternehmer ein neues System der Ausbeutung durch den sozialistischen Wettbewerb und weitere Zwangsmaßnahmen entwickelt hat.

An Stelle der Einzelunternehmen verfügen im Bolschewismus die vom Staat eingesetzten Funktionäre über Machtvollkommenheiten, die kein Privatunternehmer in einem hochindustriellen Land besitzt. Ihnen obliegt es, die Erfüllung bzw. Übererfüllung der staatlich festgesetzten Leistungsnormen bei jedem Arbeitnehmer zu erzwingen, möglichst (um einen) sogenannten Planvorsprung zu erzielen und damit ein neues System der Ausbeutung des Menschen

durch den Staat zu verwirklichen.<<

04.12.1951

BRD: Der Bundestag beschließt am 4. Dezember 1951 ein Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit.

Danach ist Jugendlichen unter 16 Jahren z.B. der Zutritt zu öffentlichen Tanzveranstaltungen, Spielhallen etc. nicht gestattet.

06.12.1951

BRD: Konrad Adenauer schreibt am 6. Dezember 1951 an Nahum Goldmann (x095/131-132): >>Sehr geehrter Herr Dr. Goldmann!

Unter Bezugnahme auf die Erklärung, die die Bundesregierung am 27.9.1951 im Bundestag abgab und in der sie sich bereiterklärte, mit Vertretern des jüdischen Volkes und Israels Verhandlungen wegen der Wiedergutmachung der unter dem naziförmlichen Regime entstandenen Schäden aufzunehmen, möchte ich Ihnen mitteilen, die Bundesregierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, in dem solche Verhandlungen beginnen sollten.

Ich bitte Sie, in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Conference of Jewish Claims against Germany, sowohl dieser Konferenz als auch der Regierung Israels von dieser Bereitschaft Kenntnis zu geben.

Ich möchte dazu bemerken, daß die Bundesregierung in dem Problem der Wiedergutmachung vor allem auch eine moralische Verpflichtung sieht und es für eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes hält, das Möglichste zu tun, um das an dem jüdischen Volk begangene Unrecht wiedergutzumachen.

Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang die Möglichkeit begrüßen, durch Warenlieferungen zu dem Aufbau des Staates Israel einen Beitrag zu leisten. Die Bundesregierung ist bereit, bei diesen Verhandlung die Ansprüche, die die Regierung des Staates Israel in ihrer Note vom 12.3.51 gestellt hat, zur Grundlage der Besprechungen zu machen. ...<<

07.12.1951

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 7. Dezember 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1951 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 17,6 Milliarden DM entfallen 38,6 % auf Sozialleistungen und 36,9 % auf Besatzungskosten. ...<<

08.12.1951

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien nehmen am 8. Dezember 1951 diplomatische Beziehungen auf (x006/625).

12.12.1951

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (50/1951) berichtet am 12. Dezember 1951 über den "Schuman-Plan": >>**DIE NEUE RUHRBEHÖRDE**

Der Schumanplan wird von seinen französischen Urhebern und deutschen Anwälten gerne als der erste Baustein für ein neues Europa ausgegeben. Er werde eine Solidarität der Tat schaffen und den jahrhundertealten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich auslöschen, sagen sie.

Der Plan trägt den Namen des französischen Außenministers, aber es ist bekannt, daß sein geistiger Vater der französische Planungskommissar Jean Monnet ist, dessen Name schon für einen anderen innerfranzösischen Plan vergeben war. Und dieser "Monnetplan" betrifft den Aufbau und Ausbau der französischen Eisen- und Stahlindustrie. Nach ihm soll die Stahlproduktion Frankreichs bis 1953 auf eine Jahresleistung von 15 Millionen Tonnen gebracht werden, gegen nur 6,2 Millionen Tonnen 1936.

Der gewaltige Ausbau der französischen Stahlkapazität wurde zum Teil aus Marshallplanmitteln, darüber hinaus aus Steuermitteln vollzogen. Dieser aufgeblähten Kapazität steht aber nur ein Inlandsbedarf von höchstens 7 bis 8 Millionen Tonnen gegenüber. Schon der Monnet-Plan

rechnete deshalb mit einer Ausfuhr von Stahl, Eisen und Halbzeug nach Deutschland von 3 Millionen Tonnen jährlich.

Andererseits sind die Franzosen für ihre Erzverhüttung auf die Zufuhr von Ruhrkoks angewiesen. Ebenso führt Frankreich in großem Umfange Steinkohlen aus Deutschland ein. Das Interesse der französischen Montanindustrie ist also: möglichst billig Kohle und Koks aus Deutschland einzuführen und andererseits Stahl und Walzwerkerzeugnisse in steigendem Umfange nach Deutschland auszuführen.

Dies sind die wirtschaftlichen Interessen, die Frankreich bewogen haben, im Schumanplan eine Montanunion vorzuschlagen. Der Leiter der französischen Delegation bei den Pariser Verhandlungen war denn auch niemand anders als Herr Monnet selbst. Und Außenminister Robert Schuman hat in einer Rede bei einer Gewerkschaftstagung in Metz selbst erklärt: "In Wahrheit ist dieser Plan die Fortsetzung des Monnetplanes" und, allein "um den französischen Stahllexport zu erleichtern" habe Frankreich "diese Mission übernommen". Diese Rede war allerdings nicht für deutsche Ohren bestimmt!

Wenn Bundeskanzler Adenauer in der ersten Beratung des Bundestages über den Schumanplan am 12. Juli 1951 sagte, die Verwirklichung des Schumanplanes bedeute das Ende des Nationalismus in Europa, so sind zunächst stillschweigend diese nationalwirtschaftlichen Interessen Frankreichs, die dem Schumanplan Pate gestanden haben, übergangen.

Übersehen ist aber auch, daß mit der Preisgabe wesentlicher und berechtigter deutscher Interessen die Gefahr besteht, daß bei solchen Teilunionen in den benachteiligten Wirtschaftskreisen und in ihrer Arbeiterschaft sehr unerwünschte nationalistische oder radikale Reaktionen auftreten können. Und wenn der Herr Bundeskanzler meinte, der politische Zweck sei unendlich viel größer als der wirtschaftliche Zweck, so muß die Frage gestellt werden, welche wirtschaftlichen Opfer gebracht werden und ob gerade diese Opfer erforderlich und in ihrer Bedeutung überhaupt voll erkannt sind.

Im Schumanplan sollen Tatsachen und Fragen internationalen Güterausstausches und internationaler Arbeitsteilung zwischen den westeuropäischen Völkern neu geregelt werden. Diese Handelsbeziehungen wurden bisher von Handelsverträgen mit mäßigen Zollsätzen bestimmt. Das hinderte nicht eine intensive Arbeitsteilung, und einen umfangreichen Güterausstausch. Rohstoffe wie Kohle und Erz gingen immer zollfrei über die Grenzen und niemand hindert Frankreich, Kohle und Koks zollfrei in sein Land zu lassen oder Deutschland, französische Minette-Erze. Nur mäßige Zölle auf Eisen, Halbzeug und Stahl boten einen bescheidenen Schutz des einheimischen Marktes.

Eine völlige Verschmelzung der Wirtschaften verschiedener Länder würde eine Zollunion bedeuten. In ihr gleichen sich bestenfalls die Gewinne und Verluste aus den notwendig werdenden Umstellungen aus. Die Zollunionspläne, die nach dem Kriege in Frankreich gegenüber Italien und kurze Zeit auch für eine Verbindung mit Deutschland erwogen wurden, sind aber schnell wieder als undurchführbar aufgegeben worden. Bei dem neuen Wege der Teilunionen, wie er erstmals im Entwurf des Schumanplanes beschrritten wird, hat Frankreich aber nur Zweige ins Auge gefaßt, in denen die französische Wirtschaft Überkapazitäten aufzuweisen und sich einen Vorsprung verschafft hat.

Nur in einer Zollunion würden die heute so viel berufenen Vorteile eines großen Marktes wirksam werden, die zudem gewaltig überschätzt werden und denen als schwerwiegender Nachteil eine weit stärkere Dynamik des Gesamtsystems mit schweren Krisen, fortgesetzten Umstellungen und Umsiedlungen gegenüberständen. Sie würde eine völlige Freizügigkeit der Arbeitskräfte voraussetzen.

Vielleicht wäre es gut, wenn die naiven Vertreter des Gedankens einer westeuropäischen Staatenverschmelzung einmal statt des sehr andersartigen Gesellschaftsgebildes der Vereinigten Staaten zum Vergleich die alte Donaumonarchie heranziehen würden. Hier hat weder die

ökonomische noch die staatliche Einheit eine Gemeinschaft der Völker geschaffen, sondern einen höchst gefährlichen Nationalismus und Nationalitätenkampf, der nicht ruhte, bis der Gesamtstaat zerschlagen war.

Eine westeuropäische Völker- und Staatengemeinschaft ist nur als ein föderatives Gebilde durchführbar. Und ebenso scheint mir die Koordination der zugeordneten Volkswirtschaften nur föderativ denkbar.

Sehen wir uns kurz die überkommene Arbeitsteilung zwischen Deutschland und Frankreich in der Montanwirtschaft an. Es betrug die deutsche Brennstoffausfuhr nach Frankreich im Jahre an Koks an Steinkohle

1928 3,7 Mill. t, 4,5 Mill. t

1937 2,3 " " 8,0 " "

1949 3,24 " " 4,8 " "

Andererseits betrug die französische Erzausfuhr nach Deutschland im Jahre

1928 3,6 Mill. t

1937 5,7 " "

1949 0,12 " "

Die Arbeitsvereinigung von Ruhrkohle und Koks mit lothringischen Minetteerzen hatte sich seit den 1880er Jahren entfaltet, als Lothringen noch zum deutschen Reich gehörte. Die Erze wurden teils in Lothringen, Luxemburg und an der Saar mit Ruhrkoks oder auch dem weniger guten Saarkoks verhüttet, teils aber wurde das Erz zu den Hüttenwerken am Niederrhein gefahren und dort mit Ruhrkoks geschmolzen, der von den nahen Zechen und Kokereien kam. Dieser Zusammenhang wurde auch nach 1918 aufrechterhalten.

Mit den entgegengesetzten Transporten von Kohle und Koks nach Lothringen und von Erzen ins Ruhrgebiet wurde zugleich der Transportraum in beiden Richtungen ausgenutzt. Diese Arbeitsteilung, gesichert durch die Handelsverträge, hatte die Stahlerzeugung in beiden Ländern im Verhältnis zu ihrem Bedarf entwickelt.

Wie die Zahlen zeigen, ist seit dem zweiten Weltkriege die Einfuhr lothringischer Minette-Erze nach dem Ruhrgebiet fast bedeutungslos geworden. Die auf die Erzeugung von Thomasstahl eingestellten Hochofenwerke am Niederrhein verwenden heute Salzgitter-Erze, obwohl die lothringischen Erze günstiger liegen. Frankreichs Ausfuhr an Minetteerzen ist entsprechend der Steigerung der eigenen Verhüttung zurückgegangen.

Von deutscher Seite wird über eine Zurückhaltung des Ausbaus der lothringischen Erzgruben geklagt. Auf die Dauer gesehen wird aber die deutsche Stahlerzeugung in steigendem Maße angewiesen sein auf lothringische Minette-Erze und auf hochwertige Erze aus Nordwestfrankreich, denn in diesen beiden Gebieten liegen die größten europäischen Erzreserven.

Der Schumanplan bietet nun keine Handhabe, den Abbau der lothringischen Erze über den Bedarf der französischen Hüttenwerke hinaus zu fordern. Aber wahrscheinlich wird der Marktmechanismus des Schumanplanes ohnehin die Verhüttung der Minette-Erze im Ruhrgebiet unrentabel machen. Und ebenso ist es zweifelhaft, ob es nach dem Verbot von Frachtdifferenzierungen wirtschaftlich möglich sein wird, Salzgitter-Erze an den Niederrhein zu fahren. Es besteht die Gefahr, daß die Erzeugung von Thomasstahl im Ruhrgebiet zum Erliegen kommen wird.

Ebenso steht durch das Verbot der Frachtvergünstigungen zu befürchten, daß die Verhüttung von schwedischen, spanischen, nordafrikanischen und später amerikanischen hochwertigen Erzen im Siemens-Martin-Verfahren aus dem Ruhrgebiet abgezogen wird an die großen Hafenplätze wie Rouen, Rotterdam, Ymuiden, wo die Erze direkt vom Seeschiff in die Hochöfen gelangen, während die Kohle und der Koks billig auf dem Rhein herankommt. So droht der Wirtschaft des Ruhrgebietes ein Abbröckeln auch in den weiterverarbeitenden schweren und mittleren Industrien gerade derjenigen Zweige, die für den Export arbeiten.

Aber wie ist es denkbar, daß der Schumanplan, der sich auf dem Papier so elegant und einleuchtend liest, zu solch tiefgreifenden Veränderungen führen kann. Nun, er schlägt dem Staate alle Mittel der wirtschaftspolitischen Beeinflussung und Stützung aus der Hand, die in der öffentlichen Meinung und selbst in den Wirtschaftskreisen durch die billige Agitation der neo-liberalen Doktrinäre entwertet sind, die Mittel der handelsvertraglichen Sicherung von Rohstoffbezügen, die geringen Zollsätze, die Schleusen einbauen in das wirtschaftliche Gefälle, und vor allem die Mittel der Tarifpolitik der Staatsbahnen, die nun einmal in hohem Maße den heutigen Standortaufbau bestimmen und die Ungunst der Lage der einzelnen Gebiete ausgleichen.

Die geplante westeuropäische Gemeinschaft stellt sich dar als ein System eines gemeinsamen Marktes unter einer Hohen Behörde, die das Innehalten marktwirtschaftlicher Spielregeln zu gewährleisten hat, und jede Änderung des organisatorischen Aufbaues der Kohlen- und Stahlunternehmen verhindert, die zu Beginn der Union vorliegen. Es handelt sich also um ein neues System der Zwangskonkurrenz. Bezeichnenderweise erscheinen die Verbotsbestimmungen des Artikels 4 als das Kernstück des Vertrages. Danach werden aufgehoben und untersagt:

- a) Einfuhr- und Ausfuhrzölle, sowie mengenmäßige Beschränkung des Warenverkehrs,
- b) Maßnahmen oder Praktiken der Differenzierung der Preis- und Lieferbedingungen und der Beförderungstarife,
- c) von den Staaten bewilligte Subventionen oder Beihilfen,
- d) einschränkende Praktiken, die auf eine Aufteilung oder Ausbeutung der Märkte abzielen.

Nach Artikel 5 hat indes die Hohe Behörde das Recht zu begrenzten Eingriffen. Sie holt Auskünfte ein, sie berät und sie stellt allgemeine Ziele auf. Nach Artikel 46 hat die Hohe Behörde die Marktentwicklung und die Preistendenzen laufend zu verfolgen, Programme aufzustellen für Erzeugung, Verbrauch, Ausfuhr und Einfuhr, die als Hinweise dienen.

Die Hohe Behörde wird nun vorwiegend in Anpassung an die Marktlage handeln. Dafür kennzeichnend sind die Artikel 58 und 59. Nach ihnen kann die Hohe Behörde in einer offensichtlichen Krise Erzeugungsquoten festsetzen, in einer Mangellage Verwendungsprioritäten erlassen. Beide Bestimmungen können sich für die deutsche Stahlindustrie und den deutschen Kohlenbergbau ungünstig auswirken.

In einer Absatzkrise wird die deutsche Produktion Einschränkungen hinnehmen müssen, die auf die übertriebenen Kapazitätsausweitungen in den westlichen Ländern zurückgehen, wenn der inländische Bedarf noch die volle Beschäftigung der einheimischen Produktion erlauben würde. In einer Mangellage wird man auf die Ziffern des künstlich gedrosselten deutschen Bedarfs zurückgreifen.

Artikel 54 gibt der Hohen Behörde ihr wirtschaftlich wichtigstes Mittel in die Hand. Sie kann den Unternehmungen selbst Kredite gewähren und andererseits von den Firmen Auskünfte einfordern über ihre Ausbauprogramme. Enthalten diese Subventionen, Beihilfen oder diskriminierende Praktiken, so werden die Programme verboten, sofern sie nicht auf der Verwendung eigener Mittel beruhen.

Die Rolle der Hohen Behörde als Kapitalsgeber und Vermittler, wohl vorwiegend amerikanischer Anleihen, gibt ihr eine sehr große Machtstellung. Und damit gewinnen die Stimmverhältnisse in den Organen der Gemeinschaft ihre besondere Bedeutung. Die Hohe Behörde hat neun Mitglieder, nicht mehr als zwei dürfen aus einem Mitgliedstaat stammen. Ihre Mitglieder dürfen weder Anweisungen ihrer Regierungen annehmen noch einholen. Aber ist es nicht eine gefährliche Fiktion anzunehmen, daß sie aufhören werden, die Interessen ihrer Länder zu wahren, aus deren Montanwirtschaft sie als Sachverständige kommen werden?

Die Hohe Behörde beschließt mit Stimmenmehrheit. Neben ihr steht ein "Beratender Ausschuß", der zu gleichen Teilen aus Vertretern der Erzeuger, Händler und Verbraucher und der Arbeitnehmer gebildet wird. Als das Parlament der Union soll eine "Gemeinsame Versamm-

lung" gebildet werden, deren Mitglieder jährlich von den Parlamenten gewählt werden. Neben der Hohen Behörde steht als gleichsam föderatives Organ der "Besondere Ministerrat", in den jeder Mitgliedstaat einen Minister entsendet. In keinem der Gremien erreicht der Anteil der Stimmen Deutschlands ein Viertel. Der deutsche Anteil an der Kohlenförderung der Unionsländer aber beträgt 51 Prozent, an der Stahlerzeugung 38 Prozent.

Rein formal gesehen, scheint es, als ob Frankreich in ähnlicher Weise einen zu schwachen Einfluß in der Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben werde. Aber die Interessen werden wohl fast stets so liegen, daß die westlichen Länder die gleichen Wünsche auf die billigste Belieferung mit deutschen Kohlen und Koks haben, während sie als Stahlproduzenten nicht daran interessiert sind, daß Westdeutschland seine frühere Stahlkapazität wieder erreicht.

Artikel 97 setzte nun die Dauer des Vertrages auf fünfzig Jahre fest. Dies bedeutet eine der schwersten Fesseln des Vertrages, zumal die Revisionsklauseln des Artikels 95 völlig unzureichend sind und praktisch bedeuten, daß eine Revision kaum durchführbar ist. Eine Kündigungsklausel ist überhaupt nicht vorgesehen.

Wenn wir in Deutschland diese Bestimmung als unerträgliche Fesselung ansehen, so kann sie doch nur in den Vertragsentwurf gekommen sein, indem andere Delegationen sich von dem Schumanplan einen Löwenanteil versprochen. Die amerikanische, französische und englische Presse hat auch die Hohe Behörde ganz offen als Ersatz für die Ruhrbehörde bezeichnet. Dann aber spricht nicht für die Annahme des Schumanplanes, daß man mit ihr die Herrschaft der Ruhrbehörde los werde, die politisch auf fünfzig Jahre nicht haltbar ist - wenn überhaupt noch heute, in dem Augenblick, in dem der Westen unsere Beteiligung an der Verteidigung wünscht!

Welche politischen Ziele aber wollen Bundeskanzler Adenauer und Staatssekretär Hallstein mit dem Schumanplan erreichen, die so turmhoch über den Opfern stehen, die uns dieser Plan zumutet. Glauben sie wirklich, daß der Schumanplan der deutsch-französischen Verständigung und Verbrüderung dienen kann, wenn er erst einmal wirksam wird und wenn der deutsche Arbeiter und die deutsche Stahlwirtschaft den Druck dieser Fesseln verspüren werden?

Artikel 69 stellt den Arbeitern der Montanunion die Freizügigkeit in den Ländern der Gemeinschaft in Aussicht.

Was bedeutet das? Es besagt, daß mit Verpflanzungen der Arbeiter von Land zu Land gerechnet wird. Und was man in den Westen abziehen möchte, das sind unsere hochqualifizierten Hochofentechniker, Werkmeister und Facharbeiter. Schon einmal wanderten im Dreißigjährigen Kriege deutsche Hochofenmeister nach England und Schweden aus und brachten dort die Hochofentechnik hin!

Unter dem Druck der öffentlichen Kritik ist nunmehr auch die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik nach den Erklärungen des Bundeskanzlers vom 12. Juli und anscheinend vor allem der Herr Bundespräsident zur Ratifizierung nur bereit, wenn entsprechend dem Beschluß des Bundesrates vom 27. Juni 1951 verbindliche Zusagen aller beteiligten Mächte darüber vorliegen, daß aufgehoben werden: die Ruhrbehörde, die alliierten Kohle- und Stahlkontrollgruppe, die Eingriffsrechte der alliierten Sicherheitsbehörde in die Kohle- und Stahlwirtschaft und die Beschränkungen der Stahlkapazität und der Stahlproduktion.

Aber selbst wenn diese Bedingungen voll erfüllt werden und damit eine formelle Gleichheit erreicht wird, so bleiben entscheidend wichtige Vorbelastungen materieller Art bestehen, die für die deutsche Wirtschaft während der ganzen Dauer des Paktes erhalten bleiben sollen, und die zum Teil bewußt geschaffen wurden, um Deutschland mit einem schweren Handicap in die Montanunion eintreten zu lassen.

Diese materiellen Ungleichheiten beruhen in den folgenden Punkten:

1. Die deutsche Stahlindustrie und der deutsche Bergbau haben einen sehr großen Nachholbedarf, der durchweg auf einen Betrag von mehreren Milliarden DM geschätzt wird. Die deut-

sche Montanwirtschaft konnte nur die größten Kriegsschäden ausbessern, sie wurde weiter durch die Demontagen in wichtigen Bezirken aufs schwerste geschwächt. Veraltet sind vor allem die Walzwerke, die Schmieden und die Pressen.

Die Demontagen von Walzwerken und Breitbandstraßen haben in den Aufbau der Stahlverarbeitung schwere Lücken gerissen. Die deutsche Feinblechkapazität ist um die Hälfte gesenkt worden. In diese Lücken suchen die westlichen Konkurrenten mit ihrer forciert ausgeweiteten Kapazität einzuspringen. Diese Kapazitätsausweitungen sind mit großen Subventionen aus Marshallplanmitteln und aus Steuermitteln vollzogen worden. Künftig aber sind alle Subventionen nach dem Schumanplan untersagt. Im Vertragsentwurf hat die deutsche Delegation nicht einmal sichergestellt, daß Entschädigungsleistungen für Demontagen nicht etwa als Subventionen von der Hohen Behörde verboten werden.

2. Durch das Gesetz Nr. 27 zur Dekonzentration und Dekartellisierung der Kohle- und Stahlindustrie Westdeutschlands vom Mai 1950 werden nicht nur die Kartelle sondern auch die Konzerne zerschlagen. Dabei wird eine große Zahl selbständiger Gesellschaften gegründet, die für die Stahlwerke nur eine Kapazität bis zu 1,2 Mill. t zulassen. Auf einer Arbeitstagung über den Schumanplan mit den Vertretern der westlichen Länder, die Ende Juni in Frankfurt stattfand, aber sagte der Franzose Francois Gérard, die günstigste Betriebsgröße für ein Hüttenwerk liege etwa bei 2,4 Mill. Tonnen Kapazität.

Deutlich ist also die Absicht, die deutsche Stahlindustrie unter so ungünstige und ökonomisch widersinnige Bedingungen zu stellen, daß sie unter dem Schumanplan nicht mehr konkurrenzfähig ist, während das System der Zwangskonkurrenz jeden erneuten Zusammenschluß verbietet.

3. Mit der Entflechtung verbunden ist die Auflösung der Verbundwirtschaft zwischen Kohlenzechen und Hüttenwerken an der Ruhr. Unangefochten aber bleibt die Eigentumsverbindung von Erzgrube und Hüttenwerk, die in Lothringen für fast alle Hüttenwerke gilt. Dabei ist die Verbindung von Erzhütte, Kohlenzeche und Kokerei gerade für die Kosten bei der Erzeugung von Siemens-Martin-Stahl von entscheidender Wichtigkeit.

4. Ferner hat die deutsche Regierung unter starkem politischem Druck der Besatzungsmächte in den Pariser Verhandlungen den gemeinsamen deutschen Kohlenverkauf preisgegeben. Westdeutschlands Kohlenbergbau soll also uneingeschränkt dem System der Zwangskonkurrenz unterstellt werden, im Interesse der billigsten Kohlenversorgung der westlichen Schumanplanländer. Freie Konkurrenz ist hier aber untragbar. Sie führt zum Raubbau, zu unwirtschaftlichen Transporten, zum Vorgriff auf die besseren Sorten und schlechthin zu ruinöser Konkurrenz.

Gerade Frankreich hat unbeirrbar an dieser Forderung der Aufhebung des gemeinsamen Kohlenverkaufs festgehalten. Und wohlgermerkt: Frankreich selbst, ebenso wie England und Polen haben für ihren sozialisierten Kohlenbergbau selbstverständlich einen gemeinsamen Kohlenverkauf. Gleichzeitig aber soll nun der deutsche Kohlenbergbau mit einer Ausgleichsumlage zugunsten der unrentabel arbeitenden belgischen Kohlenzechen belegt werden. Man rechnet mit einer Belastung von 50 bis 80 Millionen DM im ersten Jahre, die später jährlich um ein Fünftel sinken soll.

Als Grundgedanke des Schumanplanes enthüllt sich so in allem die Absicht, daß die westlichen Länder sich die billigsten Bezüge deutscher Kohle und deutschen Kokes sichern, während die deutsche Stahlerzeugung und Walzwerkserzeugung unter den künstlich geschaffenen ungleichen und unfairen Bedingungen niedergehalten werden soll.

So ist es schwer verständlich und eigentlich ein Zeichen mangelnder politischer Reife und sachlich-kritischen Denken, wenn in Deutschland der Schumanplan als Auftakt einer höheren europäischen Gemeinschaft gepriesen und bejaht wird, jeder sachliche Einwand aber in der billigsten Weise als Nationalismus abgetan wird. Auch in einer europäischen Gemeinschaft

wird jede Nation ihre berechtigten Interessen zu wahren haben. Wenn die verantwortlichen Männer das nicht tun, werden sie eines Tages dafür die Rechnung erhalten.

Jeder Vertrag bedeutet eine Bindung, aber er setzt voraus, daß er ohne Druck und Zwang zustande kommt und daß er Rechte und Pflichten gerecht und gleichmäßig verteilt. Vor allem aber ein Vertrag, der beansprucht, an Stelle jahrhundertalter Gegensätze und Feindschaften eine echte Gemeinschaft zu begründen. Sie wird nicht begründet, indem man einem Teilhaber vorher Handschellen anlegt.

Mit dem Schumanplan begeben sich die Staaten der Möglichkeit, eine wirksame Politik der Vollbeschäftigung und des gleichmäßigen Ausbaues der Grundstoffindustrien zu betreiben. Artikel 83 läßt zwar die Frage der Eigentumsordnung offen. Sollte aber in den kommenden 50 Jahren eine deutsche Regierung den Kohlenbergbau und die Stahlindustrie sozialisieren, wie es in England geschehen ist, so würden sich Konflikte mit den liberalen Bestimmungen des Vertrages ergeben.

Vielleicht wird es gerade die Wirkung des Schumanplanes sein, diese Entwicklung zu beschleunigen. Und es erscheint als zweifelhaft, ob die jetzige westdeutsche Regierung befugt ist, derart weitgehende Bindungen einzugehen für einen Zeitraum, der die übliche Lebensdauer einer Koalitionsregierung um ein Vielfaches übersteigt.

Noch rechtzeitig für die Ratifizierungsdebatte des Schumanplans in der Pariser Nationalversammlung gab Finanzminister René Mayer die Sonderhilfe der USA an Frankreich bekannt, durch die das vorbereitete französische Sparprogramm überflüssig wird. Sie beträgt 600 Millionen Dollar, zusätzlich zu den 290 Millionen regulärer ECA-Hilfe Frankreichs im laufenden Jahr (gegen 175 Millionen regulärer ECA-Hilfe für Westdeutschland).

Der Schumanplan soll jetzt auch in Bonn, möglichst noch vor Weihnachten, in zweiter und dritter Lesung behandelt werden. In seinem Artikel "Der Schumanplan: Die neue Ruhrbehörde" umreißt Professor Dr. Hans Ritschl, der während des Sommers im Auftrage des Hamburger Senats ein ausführliches Gutachten über die Montanunion ausarbeitete, noch einmal die Bedeutung und die Auswirkungen des Schumanplanes.

Der Autor ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Bundes-Finanzministeriums und wirkt seit 1946 als ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwirtschaft an der Universität Hamburg. Professor Ritschl umreißt die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bedenken, denen auf französischer Seite, wie die Debatte in der französischen Kammer zeigte, parallele Bedenken entsprechen. Unberücksichtigt läßt Prof. Ritschl den rein politischen Aspekt, inwieweit eine Ratifizierung zum Zeitpunkt der UNO-Verhandlungen über Deutschland die immerhin noch zur Debatte stehende Wiedervereinigung Deutschlands erschweren, wenn nicht gar verhindern könnte.<<

20.12.1951

BRD: Das Landgericht Hannover berichtet im Urteil vom 20. Dezember 1951 gegen einen deutschen KZ-Helfer über die Zustände in einem polnischen Internierungslager (x025/51):

>>... Die Deutschen selbst waren im Lager getrennt nach Männern, Frauen und Kleinkindern, kinderlosen Frauen und Mädchen sowie Knaben im Alter bis etwa 15-16 Jahren untergebracht. Familien wurden rücksichtslos auseinandergerissen. Kamen die betreffenden Angehörigen dennoch insgeheim zusammen und wurden sie dabei von der polnischen Miliz gefaßt, dann gab es dafür entsetzliche Prügelstrafen bzw. die Todesstrafe. Vergewaltigungen der Frauen durch Polen waren an der Tagesordnung. Die meisten Polen waren überdies geschlechtskrank.

An Verpflegung gab es für die Deutschen täglich mittags 1/2 l Wassersuppe, dazu morgens und abends 3 bis 4 alte, meistens faule, anfangs sogar ungekochte Kartoffeln und eine halbe Scheibe Brot. ...

Andererseits spotteten die hygienischen und sanitären Verhältnisse im Lager aller Beschrei-

bung, so daß eine große Läuseplage herrschte. Die Folge dieser Zustände war, daß viele Menschen am Flecktyphus verstarben. Zwar hatten die Polen den deutschen Lagerinsassen Dr. E., der von Beruf Arzt war, zum Lagerarzt gemacht. Jedoch hatten sie ihm keinerlei medizinische Instrumente oder Medikamente zur Verfügung gestellt, ja sie hatten sogar die Medikamente, die Dr. E. anfangs aus Abfallgruben und Trümmerhaufen mühsam zusammengesucht hatte, mit Füßen zertreten. ...

Infolge dieser Zustände allein verstarben schon viele Leute. Andere wieder wurden planmäßig aus nichtigen Anlässen von den Polen erschossen oder erschlagen. Wieder andere dienten den polnischen Partisanen als lebende Zielscheiben und wurden von den Polen gewissermaßen aus Spielerei erschossen.

... Bei diesen Zuständen lag die Sterblichkeitsziffer im Lager sehr hoch. Die untere Grenze war im allgemeinen bei etwa 10 Toten pro Tag, die obere Grenze bei etwa 30 Toten. Es gab allerdings auch Tage, wo die Polen darüber hinaus in ganz besonderer Weise gegen die Deutschen wüteten. Hierzu zählt einmal die erste Nacht, die der Angeklagte im Lager verbrachte. Er war mit einem Schub von etwa 60 bis 70 Leuten ... nach einem anstrengenden Fußmarsch gekommen.

In der ersten Nacht veranstalteten die Polen mit diesen halb verhungerten Menschen eine sogenannte "Nachtübung", wobei sie etwa die Hälfte der Menschen – und zwar solche, die nicht schnell "auf-nieder" machen konnten, - erschlugen. ...<<

1951

DDR: Im Jahre 1951 fliehen 165.648 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: In der Bundesrepublik Deutschland sind im Jahre 1951 noch 66 % aller Deutschen der Meinung, daß die deutschen Ostgebiete noch nicht verloren sind (x020/89).

1952

Freiheit geht über Silber und Gold. <i>Spruchwort aus Deutschland</i>
--

02.01.1952

DDR: Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) wird ab 2. Januar 1952 auf sowjetische Waffen umgerüstet.

Am 2. Januar 1952 beginnt das Nationale Aufbauprogramm.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Nationale Aufbauwerk" (x009/304): >>1952 gegründet, durch die Nationale Front gelenkte "Bewegung für den Aufbau der Hauptstadt Berlin", die 1953 auf das ganze Zonengebiet ausgedehnt wurde.

Ziel ist die "Förderung der Initiative aller Werktätigen Berlins und der DDR für die finanzielle und praktische Unterstützung des Aufbaues".

Die Bevölkerung wird unablässig aufgerufen, sich an Bauarbeiten und bei der Entrümmungsaktion "freiwillig" und ohne Entgelt zu beteiligen. Durch das Nationale Aufbauwerk sollen öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kinderheime, Sportstätten, Neubauernhäuser und Wohnungen wiederhergestellt oder neu gebaut werden. Aber auch beim Bau neuer Betriebe werden die "Aufbauhelfer" herangezogen.

Arbeiter in Industriebetrieben werden unter politischem Druck veranlaßt, sich zu verpflichten, z.B. im Jahr 20 oder 30 "Aufbaustunden" zu leisten. ...

Seit 1960 sind die dem Nationalen Aufbauwerk zugewiesenen Auflagen zum Teil in die Volkswirtschaftspläne mit aufgenommen, d.h. die "freiwillige" Leistung nach Feierabend wird zum Planbestandteil. ...<<

26.01.1952

DDR: Verschleppte mitteldeutsche "Zeiss-Spezialisten" (Optiker) kehren am 26. Januar 1952 aus der Sowjetunion zurück.

11.02.1952

DDR: Die Hochschulen werden am 11. Februar 1952 angewiesen, "politisch geeignete Studienbewerber" bevorzugt zu behandeln.

13.02.1952

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (7/1952) berichtet am 13. Februar 1952:

>>**Wie die Hühnerhunde**

In Eisenhowers SHAPE-Hauptquartier wurde jetzt eine besondere Kommission zur Abwehr der "wahrscheinlichen ersten Angriffsphase" der Ostblock-Armeen gegen Westeuropa gebildet. Chef dieses Gremiums ist der US-Colonel F. Kindley. Der ist merkwürdigerweise nicht Offizier, sondern Spezialist für psychologische Kriegsführung.

(Die) SHAPE-Abwehr hat nämlich festgestellt, daß - sollte der dritte Weltkrieg stattfinden - dem Schießkrieg ein Nervenkrieg vorangehen wird. Die Generalstäbler ... sehen die Lage, wie sie 5 Minuten vor X-Zeit sein wird so:

Der Aufmarsch auf dem rechten sowjetischen Angriffsflügel wird sich mit gemischten russisch-polnischen Verbänden in der Ostzone Deutschlands vollziehen. Aber nicht verschleiert, wie bisher solche Bereitstellungen erfolgten, sondern in demonstrativ offener und breiter Drohbewegung.

Die Begleitfanfaren zu diesen Truppenbewegungen schmettern die Rundfunksender der Sowjetunion, Polens und der Ostzone in allen westeuropäischen Sprachen. Kommunistische Agenten werden Flüsterparolen über angebliche Greuelthaten und Vergewaltigungen durch Ostblocksoldaten in Umlauf setzen und Störmeldungen über den Einsatz mongolischer Verbände ausstreuen.

Zweck dieser den eigentlichen Schießkrieg vorbereitenden psychologischen Offensive: Auslösung eines Massenschrecks. Die Sowjets rechnen damit, daß sich sofort ein europäischer Flüchtlingsstrom über die Straßen und Eisenbahnen ergießen wird, der Verkehrsverstopfungen und Produktionshemmungen verursacht und deutsche Hilfsverbände der westlichen Alliierten zu Massendemonstrationen veranlaßt. Sabotageaktionen werden die Verwirrung steigern. Das dann hereinbrechende westeuropäische Chaos wird alle Abwehrmaßnahmen der NATO unmöglich machen oder zumindest auf das Äußerste erschweren.

Die SHAPE-Offiziere unterstreichen ihre Hypothese, indem sie auf die Persönlichkeit des Oberbefehlshabers der polnischen Armee, den Sowjetmarschall Rokossowski, hinweisen. Der hat ... Erfahrungen auf dem Gebiete des Nervenkrieges. Als er im Weltkrieg II - schon damals als Befehlshaber des rechten sowjetischen Flügels - in Ostpreußen einbrach und durch Westpreußen und Pommern hindurch bis nach Swinemünde stieß, überstürzte sich die ostdeutsche Bevölkerung in chaotischer Angst vor seinen Panzern.

Die propagandistische Peitsche Ilja Ehrenburgs holte damals aus den Flüchtlingen die letzte Kraft der Verzweiflung und aus den kriegsmüden Iwans den letzten Angriffspfeffer heraus. Die zwischen dem Flüchtlingsstrom und der roten Panzerflut eingekeilten deutschen Heeresverbände waren nicht mehr operationsfähig. So soll es auch jetzt werden.

Oberst Kindley meint, daß die wirkungsvollste Abwehr gegen solchen Nervenkrieg ein kraftvoller NATO-Aufmarsch an der Elbe wäre. Doch er befürchtet: In das Durcheinander werden beim eigentlichen Kriegsausbruch die polnisch-sowjetischen Verbände "wie die Hühnerhunde" hineinstoßen, um das gehandikapte westalliierte Wild aufzuscheuchen.

Die Panzerarmee der sowjetischen Heeresgruppe West unter Timoschenko aber werden solange zurückgehalten, bis sich an den Rheinübergängen zeigt, ob ein starker Offensivstoß die Chance verspricht, das Gros der Atlantik-Truppen in Belgien und Ostfrankreich zu kesseln. Polens Soldaten sichern dann Nord- und Nordwestdeutschland sowie Dänemark als rückwärtige Heeresgebiete.

Auf solchen Krieg hat sich auch die polnische Rüstungsindustrie eingestellt. Ihr Schlager ist heute ein 5-cm-Minenwerfer aus Leichtmetall, der von den staatlichen Rüstungswerken PZON 4 und 7 in Rzeszow und Lublin hergestellt wird. Der Werfer ist die leichteste Type dieser Waffe überhaupt. Er kann bequem von einem Mann getragen werden. Ein zweiter trägt die Munition, Minen aus Leichtmetallhülsen mit 2,5 kg Hexal-Sprengstoff. Bei einfacher Handhabung der Waffe, einwandfreier Zielsicherheit und einer Reichweite von 9.000 m ist der Werfer eine Idealwaffe für den Guerilla- und Partisanenkrieg und für Kommandounternehmen.<<

Frankreich: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (7/1952) berichtet am 13. Februar 1952 über die Europa-Armee: >>Ende einer Illusion

Wie stand es mit der Europa-Armee? Während ein bleicher, abgespannter Konrad Adenauer vor dem Bundestag erklärte, daß alles in bester Ordnung sei, gab es sonst nur betrübliche Nachrichten für die Europa-Enthusiasten. Hier, wie es zu dem gegenwärtigen Dilemma kam und wie dieses Dilemma im einzelnen aussieht:

Im Oktober 1950 billigte die Pariser Nationalversammlung Premier René Plevens Konzession an die Forderung der Korea-geschockten Amerikaner nach deutschen Soldaten: eine internationale Westarmee unter Einschluß unselbständiger deutscher Einheiten in Kampfgruppenstärke (3.000-4.000 Mann).

Pleven wurde vom einmütigen Protest aller Militärs (einschließlich der französischen) angeblasen. US-Stabschef Bradley: "Die Franzosen täten besser daran, den Tatsachen ins Auge zu sehen ... Der Plan ist völlig undurchführbar ..."

Pleven blieb hart. Im Februar 1951 stimmte Acheson der ursprünglich für Aufnahme einer deutschen Nationalarmee in die NATO-Streitmacht dem Pleven-Plan widerwillig zu: Es schien der einzige Weg zu den begehrten deutschen Soldaten.

In der folgenden Woche, ein paar Tage vor Beginn der Atlantik-Konferenz über den Pleven-Plan, sprach Kanzler Konrad Adenauer in der Mensa der Bonner Uni die vernünftigsten Worte, die er über dieses Projekt geäußert und seitdem vergessen hat: "... Zu dieser Frage Europa-Armee möchte ich Ihnen einige Worte sagen. Ich bejahe den Plan. Ich bejahe den Gedanken allerdings nicht in dem Sinne, daß der Aufbau einer Europa-Armee uns vor der jetzt vom Osten drohenden Gefahr schützen könnte, denn der Aufbau einer Europa-Armee wird lange Zeit erfordern ..."

Nicht lange danach ging Sicherheitsbeauftragter Theo Blank zu den ersten Sachverständigen - Besprechungen über die Europa-Armee-Planung nach Paris. Die Experten, die nach der Zweckmäßigkeit gingen und keinen Wert darauf legten, der französischen Nationalversammlung eine Freude zu machen, zertrümmerten den ersten Kernpunkt der Pleven-Idee. Nicht leicht zu kontrollierende Kampfgruppen, sondern 14.000-Mann-Divisionen sollten auf nationaler Basis rekrutiert werden. Die Franzosen waren schon dagegen, daß Deutschland ebensoviel Divisionen bekommen sollte wie Italien, nämlich 12 (Frankreich: 14). Ihr Argument laut "New York Times": "Es ist schierer Unsinn, 12 deutsche und 12 italienische Divisionen gleichzusetzen."

Diese Fragen wurden den Politikern zugeschoben. Auf der ersten Plevenplan-Tagung der sechs Westeuropa-Außenminister (auch Deutschlands) im Februar 1951 schon erhoben sich die Benelux-Staaten geschlossen gegen die vorgesehene Beschränkung der nationalen Souveränität: Das sei mit ihren monarchistischen Verfassungen unvereinbar. Damit wurde das ganze Prinzip der Europa-Armee angefochten.

Auf der NATO-Konferenz Ende November in Rom stellten die Amerikaner ein Ultimatum: Bis zur NATO-Konferenz in Lissabon (damals auf den 3. Februar 1952 festgesetzt) sollten sich die westeuropäischen Außenminister über die Europa-Armee geeinigt haben.

Mit hektischer Dringlichkeit versammelten sich die sechs Westeuropa-Außenminister am 27.

Dezember wieder im Quai d'Orsay (in Paris). Präsident Truman wollte bis zum 3. Januar 1952 wissen, ob sich die kontinentale Verteidigungsgemeinschaft durchführen lasse und ob die deutsche Wiederbewaffnung über den Umweg einer Europa-Armee finanziert werden könne; er wollte den Kreditantrag 1952/53 an den Kongreß vorbereiten.

Doch wieder fing Robert Schuman mit einfachen, untergeordneten Punkten an, um dann erst notgedrungen auf die schwierigsten Probleme zu kommen, von denen alles abhängt.

Aber die Außenminister Belgiens und Hollands warteten nicht so lange. Punkt für Punkt lehnten sie sich kategorisch gegen die wichtigsten Voraussetzungen der französischen Europa-Armee-Idee auf,

- Nicht ein einziger Verteidigungskommissar (möglichst französischer Nationalität) soll an der Spitze der Europa-Armee-Exekutive stehen, sondern ein "Kollegium" oder "Kommissariat" aus Vertretern aller Mitglieder.

- Die Beschlüsse der höchsten Autorität, des Ministerrates, sollen nicht mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden, sondern einmütig. Damit unterliegen sie dem Veto-Recht jedes Mitgliedes.

- Der Anfang jeder Rüstung, das Militärbudget, könne nicht von einer übernationalen Behörde festgelegt werden, da die fünf Länder (außer Westdeutschland) bereits mit der NATO (als deren Mitglieder) die genauesten finanziellen Verpflichtungen vereinbart haben. Die Benelux-Staaten würden sich an das Prinzip halten: Wenn die Atlantik-Organisation von ihnen Divisionen verlangt, würden sie sie aufstellen und bewaffnen; aber sie weigerten sich, in einen Fonds zu zahlen, der ihnen wiederum helfen sollte, sich zu bewaffnen, bloß damit Frankreich (dem im letzten Jahr mit knapper Not die Aufstellung von zwei Divisionen gelang) die deutsche Rüstung kontrollieren könne.

Schuman, in der Klemme, wehrte sich mit einem Schauer von Gegenvorschlägen. Denn die von Benelux geforderte Souveränitätsherrlichkeit gäbe Deutschland genau das, was Frankreich ihm vorenthalten wollte: ein Veto im Ministerrat, das es in der Schumanplan-Behörde nicht besitzt und das ihm Chancen zur Durchsetzung einer eigenen Politik öffnet.

Er schlug zur völligen Verwirrung der Sachlage vor, daß die Befehlsgewalt der Europa-Armee nicht nur an der "Front", sondern auch in den "Heimatgebieten" der Kontingente gelten sollte (eine solche Trennung war bisher überhaupt nicht gemacht worden). Zweck: Das Kontingent Deutschlands auch bei der Aufstellung genau zu kontrollieren. Nicht Adenauer wehrte sich, sondern Hollands sehr churchillianischer Sticker wettete so heftig gegen dieses Attentat auch auf die königlich niederländische Souveränität, daß Schuman die zweite Sitzung abbrechen mußte, um den holländischen Kollegen zu beschwichtigen.

Am nächsten Tag kam Schuman den grimmigen Benelux-Leuten entgegen, indem er vorschlug, daß die Rekrutierung in den NATO-Mitgliedsstaaten zunächst von den nationalen Behörden im Sinne der NATO-Verpflichtungen vorgenommen werden solle, während die deutsche Rekrutierung vom Europa-Kommissariat überwacht werden soll. Hier zum ersten Male protestierte Adenauer energisch.

Inzwischen hatten sich die sechs Finanzminister eine Nacht hindurch über die Budgetfrage auseinandergesetzt. Ergebnis: Westdeutschlands Schäffer mußte vor der Unmöglichkeit kapitulieren, ein "gemeinsames Budget" für die Europa-Armee aufzustellen.

Erst später, wenn die ins Unbestimmte hinausgeschobene "bundesstaatliche Periode" Europas beginnen soll, ist an ein gemeinsames Budget gedacht. Dafür soll der Ministerrat das Veto-Recht über die nationalen Verteidigungsbudgets erhalten, damit Frankreich verhindern kann, daß Deutschland sein Geld "für die mißbräuchliche Entwicklung seiner Streitmacht" benutzt. Kanzler Adenauer erhob sich wiederum: Deutschland könne kein diskriminierendes Veto über seine Rüstung akzeptieren.

Er forderte sofortige Aufstellung eines gemeinsamen Budgets. Das ist die einzige Möglichkeit

für Adenauer, die Besatzungskosten zu beseitigen. Schäffer, erklärte der Kanzler, habe sich gegen Morgen von der Müdigkeit überwinden lassen. Auch Schuman und de Gasperi kehrten sich gegen ihre Finanzminister, um den völligen Zusammenbruch der Verhandlungen zu verhindern, und unterstützten Adenauers Antrag. Doch Benelux wankte nicht.

Vor ihrer Abreise aus Paris ließ die holländische Delegation vertraulich durchblicken, daß sie als einzig mögliche Lösung des Verteidigungs-Dilemmas die Aufnahme Deutschlands in die NATO ansehe. Es sei klar, daß Deutschland in dem durch die Benelux-Opposition so radikal umgemodelten Plevenplan-System so gut und so schlecht kontrolliert werden könnte wie in der NATO.

Die Amerikaner drängten: Die Westeuropa-Staaten sollten zumindest einen Modus finden, unter dem mit der Aufstellung deutscher Verbände begonnen werden könnte. So trafen sich die sechs Vertreter am letzten Wochenende des Januar abermals. Die Franzosen hatten jegliches Interesse an einer Europa-Armee verloren, in der Deutschland ein Veto besitzen soll. Die Atmosphäre des Mißtrauens war durch die Saar-Krise undurchdringlich geworden. Adenauer war gar nicht gekommen. Hallstein sollte Deutschlands Beitritt zur NATO zur Sprache bringen.

Am Stillstand vom Jahresende wurde nur geruckt: Das Verteidigungskommissariat soll statt sechs Mitglieder neun bekommen und damit noch schwerfälliger werden. Die Sachverständigen unterbreiteten einen ausgesprochen idiotischen Vorschlag zum Budgetproblem: Die Einzelbudgets der Länder sollen doch vom Ministerrat festgelegt, danach aber von den Nationalparlamenten ratifiziert werden. Wenn ein Parlament nicht ratifiziert, scheidet das Land automatisch unter Vertragsbruch aus der Verteidigungsgemeinschaft aus. Die Minister verwiesen das Problem sofort wieder zurück an die Sachverständigen.

Unverdrossen indes begann Belgiens Van Zeeland mit erneuter Energie seinen Kampf für eine Erweiterung des Veto-Rechts im Ministerrat auf sämtliche zu treffenden Entschlüsse von Gewicht.

Da sagte Schuman, mit einem derartig erweiterten Veto-Recht (das dann auch Deutschland zustehen würde) habe der Europa-Plan keine Aussicht auf Annahme in der Nationalversammlung. Jetzt stand Hallstein auf. Das deutsche Volk und das Parlament würden niemals die durch Wegfall des Vetos entstehende Majorisierung der Bundesrepublik durch die anderen Länder der europäischen Verteidigungsgemeinschaft (die ja alle vollberechtigte NATO-Mitglieder sind) annehmen.

Die Konferenz wurde aufgegeben.

An diesem Punkt endigt die kurze Geschichte von der Europa-Armee. Die Punkte, in denen Einigkeit erzielt werden konnte, wurden, weil keine Aussicht auf weitere Übereinkommen bestand, zur Grundlage der europäischen Verteidigungsgemeinschaft erklärt. Es sind ein paar völlig sinnlose Fetzen des ursprünglichen Plans:

- Der Ministerrat als beschlußfassende Behörde, in dem alle Mitglieder in wichtigen Fragen das Veto-Recht besitzen.
- Das Neun-Mann-Kommissariat, das über die Ausführung der Beschlüsse wachen soll.
- 43 projektierte Divisionen (14 für Frankreich, je 12 für Deutschland und Italien, 5 für Benelux).

Was der Ministerrat beschließen und das Kommissariat durchführen soll, ist unklar. Denn es gibt weder ein gemeinsames Budget, noch ein Beschlußrecht des Ministerrates über die Rüstungen der einzelnen Länder. Die Truppen sollen sowieso dem NATO-Hauptquartier Eisenhower unterstellt werden. Keine Übernationalität.

Für die fünf NATO-Mitglieder dieses immer noch frei als "Europa-Armee" bezeichneten Projekts hat sich nichts geändert. Sie behalten ihre absolut nationale Vertretung innerhalb der NATO. Ministerrat und Kommissariat bestehen somit lediglich zu dem Zweck, als Befehls-

übermittlung zwischen NATO und Deutschland zu fungieren. Robert Schuman nannte das großzügig "indirekte NATO-Mitgliedschaft". Darüber hinaus sollen Deutsche auch als Verbindungsleute von der "Europa-Armee" in Eisenhowers Hauptquartier entsandt werden.

Aber immerhin erlaubt diese Organisationsform eine nationale deutsche Rekrutierung und Aufrüstung, nur eben nicht unter dem Namen "Armee der Bundesrepublik", sondern als "Deutsches Kontingent, Europa-Armee". Das wollte Frankreich - außer Deutschlands NATO-Mitgliedschaft - geradezu verhindern.

Wie aber soll die Bundesrepublik kontrolliert werden (nachdem die Kontrollen via Europa-Armee am Benelux-Widerstand gescheitert sind), wenn es doch noch zu einem deutschen Wehrbeitrag kommen sollte? Da war noch der "Generalvertrag zur Ablösung des Besatzungsstatuts", der - wie Adenauer immer wieder versichert - die "Gleichberechtigung" für die Bundesrepublik bringen soll. Der Preis für diesen Vertrag ist der Wehrbeitrag. Seit September 1951 ringt Adenauer höflich, aber zäh mit den Hochkommissaren um einen neuen Status für die Bundesrepublik, mit dem er sich vor dem Bundestag sehen lassen könnte.

Englands Eden und Schuman entschlossen sich letzte Woche in Paris, ihre Hochkommissare auf Kontrollklauseln bestehen zu lassen, die Frankreich im Rahmen der Europa-Armee nicht erreichen konnte. Es waren schlechte Nachrichten für den Kanzler:

- England und Frankreich dringen darauf, daß die deutsche Aufrüstung von den drei Westalliierten überwacht wird. Die deutsche Waffenproduktion soll unter ständige alliierte Überwachung gestellt werden.

- England und Frankreich fordern, daß Deutschland auch unter dem Generalvertrag Besatzungskosten für die britischen und französischen "Schutztruppen" zahlt.

Diese beiden Bedingungen allein würden die Annahme des Generalvertrages durch den Kanzler unmöglich machen.<<